



⇒ Dieter Plehwe

## Schattenseiten der Sozialen Marktwirtschaft. Thomas Biebricher und Ralf Ptak wiegen das Erbe des deutschen Neoliberalismus

Die Soziale Marktwirtschaft erfreut sich in Deutschland großer Beliebtheit von ziemlich weit links (Sarah Wagenknecht) bis ziemlich weit rechts (z.B. Markus Krall, Atlas Initiative). Auch die dringenden Anforderungen der klimapolitischen Transformation in Reaktion auf die globale Erderwärmung werden hierzulande vorzugsweise mit der Marktwirtschaft bearbeitet. Soziale Marktwirtschaft wird, um das Stichwort ›ökologisch‹ ergänzt, zum programmatischen Anspruch der Grünen bzw. mittlerweile auch der meisten anderen Parteien. Dass sich das gesamte politische Spektrum der Bundesrepublik recht mühelos im Steinbruch Soziale Marktwirtschaft bedienen kann, kommt nicht von ungefähr. Sie gilt in Deutschland als konstitutiv, besitzt nahezu ähnlich großes Gewicht wie das Grundgesetz: eine hegemoniale Wirtschaftsverfassung. Dennoch muss die anhaltende Attraktivität des Konzeptes von Alfred Müller-Armack aus der Zeit des Wirtschaftswunders überraschen. Lange bevor das Konzept zu einem politisch umstrittenen Begriff und ›leeren Signifikanten‹ wurde, einem Behälter, der offenbar mit sehr verschiedenen Inhalten recht beliebig gefüllt werden kann, galt es als ›Fahnenwort‹ der konservativen christdemokratischen und rechtsliberalen Kräfte der frühen Bundesrepublik. Es war das Konzept von Ludwig Erhard und seinen Unterstützer:innen aus der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* gegen die anti-kapitalistischen, gemischt- und planwirtschaftlichen Ansätze in den Reihen der Christdemokratie, der Sozialdemokratie und der Kommunisten nach dem Ende der Nazi-Diktatur: die Düsseldorfer Leitsätze der CDU gegen das Ahlener Programm der CDU. Düsseldorf hat am Ende gegen Ahlen gesiegt, musste aber das eine oder andere Gegenor hinnehmen.

Es ist überaus verdienstvoll, dass die beiden Autoren des konzisen Einführungsbandes zum Thema *Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus* die zentralen Inhalte sowohl des deutschen Neolibere-

---

**Thomas Biebricher / Ralf Ptak (2020):** Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus zur Einführung, Hamburg: Junius. 250 S., ISBN 978-3-96060-312-2, EUR 15.90.

---

**DOI: [10.18156/eug-1-2021-rez-1](https://doi.org/10.18156/eug-1-2021-rez-1)**

ralismus als auch seines pragmatischeren wirtschaftspolitischen Konzeptes Soziale Marktwirtschaft historisch rekonstruieren und damit allfälligen Versuchungen der Beliebigkeit politischer Rhetorik kompetent widerstehen.

Biebricher und Ptak sind bekannte Autoren im Feld der Neoliberalismusforschung, ausgewiesen sowohl auf dem Gebiet der Theorie (Biebricher: Kapitel 4 und 5) als auch der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Ptak: Kapitel 1–3). Daher überrascht es nicht, dass sie zuvorderst auf die verschiedenen Bedeutungsebenen der Sozialen Marktwirtschaft aufmerksam machen, die es auseinanderzuhalten gilt (vgl. 16f.). Sie unterscheiden: 1.) die grundsätzliche Idee einer mit sozialen Zielen verbundenen Marktwirtschaft, die spätestens seit der großen Depression der 1930er-Jahre einen allgemeinen sozialen Reformismus begründete; 2.) die spezifische Konzeption, die in Deutschland aus dem Kreis der ordoliberalen Ökonomen und Juristen als Programm gegen (!) sozialstaatliche Forderungen entwickelt wurde; 3.) die legitimierende Wahrnehmung der realen Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit mit Fokus auf Währungsreform und Preisliberalisierung ohne stärkere Beachtung der pragmatischen Widersprüche und Zugeständnisse an Gewerkschaften und Opposition (Mitbestimmung, Generationenrente), und 4.) die Begründung des wirtschaftlichen Erfolgs der Bundesrepublik (»Wirtschaftswunder«) mit dem Programm der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber konkurrierenden Ansätzen. Zur sinnvollen Beschäftigung mit der Sozialen Marktwirtschaft müssen sowohl diese verschiedenen Ebenen als auch die Differenz zwischen dem wirtschaftspolitischen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und dem ökonomischen Theoriegebäude des Ordoliberalismus beachtet werden. Der Einführungsband bietet auf knappem Raum erstaunlich viel, um die nötige Diskussion um Geschichte und Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft einem breiteren Kreis zugänglich zu machen.

Zentral ist die historische Herangehensweise und nicht der abstrakte Streit um Semantik. Sowohl die reale ökonomische und wohlfahrtsstaatliche Entwicklung der Bundesrepublik als auch die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft unterliegen einem starken Wandel. Gewerkschaften, die parlamentarische Linke und der Arbeitnehmerflügel der Christdemokratie setzten bereits in den 1950er-Jahren die Mitbestimmung und die Generationenrente gegen den erbitterten Widerstand Erhards und der Vertreter des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft durch. In der Theorie der ursprünglichen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft hätte es nie zum (konservativ-patriarchalen)

Sozialstaat in Deutschland kommen dürfen, weil mit der Forderung nach sozialem Ausgleich und der Anerkennung der Interessen von verschiedenen gesellschaftlichen Großlagern (Müller-Armacks iredische Formel) keineswegs wohlfahrtsstaatliche Formen der Entkommodifizierung und gänzlich neue »soziale Bürgerrechte« (T.H. Marshall) gemeint waren. Neben materieller Unterstützung in Notlagen ging es bei Alexander Rüstows Vitalpolitik und Wilhelm Röpkes Vorschlägen zur De-Konzentration insbesondere um die ideelle Integration und eine Rückbesinnung auf traditionelle Lebensformen (Familiensolidarität, bäuerliche Gemeinschaft etc.). Aber die deutschen Neoliberalen konnten das Patent auf das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft nicht schützen. Mit dem Godesberger Programm machte die Sozialdemokratische Partei ihren Frieden mit der Rhetorik der Sozialen Marktwirtschaft, ohne sich bei allerlei Zugeständnissen an den Freiburger Imperativ des Wettbewerbs sklavisch an der Vorlage auszurichten. Einerseits löste sich die Sozialdemokratie programmatisch von sozialistischen Wurzeln, andererseits wurde die Freiburger Predigt vom Wettbewerb sozialliberal neu interpretiert: eine veränderte Blaupause zur Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates ganz im Gegensatz zu den Intentionen der Erfinder des Konzeptes. Daher spricht sich die Initiative der Metallarbeitgeber für eine Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) im 21. Jahrhundert für den Abschied vom Godesberger Kompromiss einer gemischten Wirtschaft aus. Neu bedeutet hier: *back to the roots*. Es geht den Interessengruppen hinter der INSM um die Rückkehr zum kompromissloseren Marktgedanken der ursprünglichen Version von Walter Eucken und seinen Freiburger Kollegen, also um Innovation in reaktionärer Absicht und konservative Reformen zur Einschränkung und marktkonformen Transformation des dann eben nicht mehr sozialen Staates. Aber der Reihe nach.

Ralf Ptak geht zuerst auf die Entstehung und Entwicklung des Ordoliberalismus ein (Kapitel 2, 28–76), um hier die Grundlagen für die Entstehung und Entwicklung des späteren Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft zu legen. Dabei wird der Ordoliberalismus als »deutscher Neoliberalismus« zu Recht in den Kontext der internationalen Formierung neoliberalen Denkens eingeordnet. Der Ordoliberalismus selbst besteht aus verschiedenen Strömungen, die neben der Freiburger Schule Walter Euckens und Franz Böhms auch den soziologischen Neoliberalismus von Wilhelm Röpke und Walter Rüstow umfassen. Den Entstehungsumständen der Weltwirtschaftskrise der späten 1920er-Jahre entsprechend entsteht ein liberales Verständnis der notwendigen Sicherung der kapitalistischen Marktwirtschaft, das mit

dem »liberalen Interventionismus« (Rüstow) der Ordoliberalen lediglich besonders klar ausformuliert wird. Auch in der Tradition des deutschen staatsrechtlichen Denkens liegt die Betonung der Rolle des Staates für die Gewährleistung der Wirtschaftsverfassung, die Rede vom »Wettbewerb als staatliche Veranstaltung« (Leonhard Miksch). Der Autor zeigt, wie stark die antidemokratische Anlage des Konzeptes der Freiburger war, das – im Einklang mit anderen konservativen Strömungen – die Ursachen der mortalen Krise der Weimarer Republik im Einfluss von Interessengruppen und dem entsprechend als schwach angesehenen Staat ausmachte. Mit dem Nationalsozialismus arrangierten sich zunächst einige (vor allem Müller-Armack), während andere ins Exil gingen (Rüstow und Röpke).

Das ambivalente Verhältnis des Ordoliberalismus zur Demokratie ist allerdings keine Besonderheit des deutschen Neoliberalismus, betont Ptak völlig zu Recht. Auch die Österreicher Hayek und Mises akzeptierten lediglich eine beschränkte Demokratie und die *Virginia School* theoretisiert demokratisches Staatsversagen grundsätzlich unter Rückgriff auf die Analyse von Eigeninteressen politischer Akteure. Demgegenüber herrschte beim Ordoliberalismus noch ein Denken vom Staat als »wohlmeinendem« Diktator vor, der von den richtigen Ökonomen (aus Freiburg) gut zu beraten sei. Davon halten auch moderne Freiburger wie Lars Feld nicht mehr viel.

Das ordoliberale Konzept der Interdependenz der (wirtschaftlichen, sozialen, politischen etc.) Ordnungen lässt sich entsprechend nur dann als Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Ordnung interpretieren, wenn es mit einer möglichst uneingeschränkten marktwirtschaftlichen Ordnung einhergeht. Vorrang hat die liberale Wirtschaftsverfassung, ohne die es andere freiheitliche Ordnungselemente angeblich nicht geben kann. Die soziale Integration reduziert sich damit beim Ordoliberalismus »allein auf ihre Funktion der Sicherung der Systemstabilität« (67), so der Autor. Sie orientiert sich keinesfalls am Leitbild materieller sozialer Angleichung. Umgekehrt ist in der realen politischen Auseinandersetzung damit allerdings noch wenig darüber gesagt, wie genau die Maßnahmen der sozialen Integration aussehen.

Dem Vorrang der liberalen Wirtschaftsverfassung entsprechend verstanden es die ordoliberalen Akteure der Nachkriegszeit als ihre Kernaufgabe, die Marktwirtschaft zunächst gegen Vertreter des Sozialismus und der planwirtschaftlichen Ansätze (Ahlener Programm) zu verteidigen, was Ludwig Erhard und den ihn stützenden Wirtschaftskräften unter dem Schutz der amerikanischen Besatzungs-

macht auch recht gut gelang. Im dritten Kapitel (77–148) schildert Ptak die Umstände nach dem Zweiten Weltkrieg. Er geht dabei auf die Kontroverse um das ›Wirtschaftswunder‹ ein, das ordoliberalen Ökonomen auf die ordnungspolitischen Entscheidungen Ludwig Erhards zurückführen. Damit bleiben, so der Autor, sowohl die pragmatischen Kompromisse der Wirtschaftspolitik unberücksichtigt als auch die materiellen Ursachen der außerordentlichen Wachstumsphase der 1950er-Jahre, u.a. die kriegsbedingt große industrielle Kapazität des Landes und der internationale Nachfrageschub im Zuge des Korea-Krieges und der weltwirtschaftlichen Erholung. Mit der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft gelang aber jedenfalls die Legitimierung des eingeschlagenen Weges unter christdemokratischer Führung, weil mit dem Gedanken evolutionärer Anpassung und sozialen Ausgleichs auf viele gesellschaftliche Kräfte Rücksicht genommen wurde. Der pragmatische Charakter des Konzeptes strapazierte allerdings die rigiden ordnungspolitischen Grundlagen des Ordoliberalismus, weil die Anpassung nicht immer auf die Entwicklung der Marktwirtschaft bzw. marktkonformer (Sozial-)Politik beschränkt werden konnte. Ptak zeigt die Grenzen der Bestimmung eines theoretischen Kerns der Sozialen Marktwirtschaft anhand konkurrierender Einschätzungen von Vertretern des ordo- bzw. neoliberalen Lagers auf. Von der Intention der Erfinder her gesehen ist lediglich klar, dass die Versuche der Vereinnahmung der Sozialen Marktwirtschaft für keynesianische, gewerkschaftliche und sozialstaatliche Politik nichts mit den Gründungsvätern zu tun hat.

Seit Bad Godesberg konkurrieren allerdings verschiedene politische Kräfte um die Interpretationshoheit und das richtige Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft. Ptak zeichnet im vierten Kapitel (149–200) die jüngeren Entwicklungen im Streit um die Soziale Marktwirtschaft nach. Auf die Rückbesinnung der »konservativ-moralischen Wende« Helmut Kohls folgte die sozial-ökologische Modernisierung unter Gerhard Schröder. Auffällig am Diskurs bis hin zu Teilen der Partei der Linken ist vor allem der Versuch, die jeweils wichtigen Inhalte des eigenen Programms in das Korsett der Sozialen Marktwirtschaft zu pressen. Das erstaunt – und zwar sowohl den Autor als auch den Rezensenten –, weil damit das Repertoire der sozialistischen wirtschaftlichen Theoretiktradition weitgehend ausgeblendet wird, obwohl diese für die anliegenden Aufgaben des nationalen, europäischen und globalen sozial-ökologischen Umbaus möglicherweise sehr viel mehr zu bieten hat als die Grundprinzipien von Eucken und die Prämissen Müller-Armacks. Zwar lässt sich auch mit Euckens Haftungsprinzip sicher einiges anfangen im Sinne der ökologischen Verantwortung,

aber das Insistieren auf wesentlich marktwirtschaftliche Ansätze und Instrumente steht im Gegensatz zu zentralen Ansätzen sozialer und ökologischer Wirtschaftspolitik. Ob das ordoliberalen Eigentumsprinzip bei fossilen Energieträgern durchzuhalten ist, wenn die Erderwärmung sehr viel Eigentum zerstört, scheint besonders zweifelhaft. Ptak zeigt aber anhand der jüngeren Geschichte, dass die wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen seit den 1980er-Jahren eher an marktliberale Ansätze der Nachkriegszeit anknüpfen als an seinerzeit konkurrierende Ansätze keynesianischer Steuerung und staatlicher Lenkung. Hier wäre die Erzählung der Entwicklung der 1980er- und 1990er-Jahre vielleicht um die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften zu ergänzen. Der letzte Versuch der Gewerkschaften, eine gesellschaftspolitische Alternative (in der Beschäftigungspolitik) durchzusetzen, datiert auf das Jahr 1984: der Streik der IG Metall für die 35-Stunden-Woche als Programm zur Umverteilung der Arbeit. Während damit der Vormarsch des Neoliberalismus in Deutschland in den 1980er-Jahren im Gegensatz zu USA und Großbritannien abgebrems werden konnte, reichte die Kraft der Gewerkschaften im Zuge der Wiedervereinigung und im Kampf gegen die konservativen Arbeitsmarktreformen (Hartz-Reformen) nicht mehr aus. Die Neoliberalisierung bzw. die konservativen Reformen der Sozialen Marktwirtschaft wurden gebremst, aber nicht verhindert.

Biebricher diskutiert im vierten Kapitel in einem Exkurs (160–170) Konzepte der vergleichenden Kapitalismus- und Wohlfahrtsstaatsforschung, die für die Analyse besser geeignet seien als die Rede von (der Entwicklung) der Sozialen Marktwirtschaft. Dem ist zuzustimmen, weil sich die gesellschaftlichen Grundlagen auch im Kontext der europäischen Integration stark gewandelt haben. Allerdings tritt bei der Diskussion des Rheinischen Modells (Michel Albert) bzw. des ›deutschen Modells‹ eines koordinierten Kapitalismus ebenfalls deutlich hervor, dass diese Ansätze keine hinreichende Grundlage mehr bieten zum Verständnis der deutschen und europäischen Gegenwart im globalisierten Kapitalismus.

Im besonders wichtigen letzten Kapitel (201–250) zeigt Biebricher den Wandel des Ordoliberalismus zur Ordnungsökonomie. Zentral ist der Einfluss von Friedrich August von Hayek auf den jüngeren Ordoliberalismus, den er in den 1960er-Jahren als Professor in Freiburg ausüben konnte. Seine Betonung des evolutionären Wandels steht im Gegensatz zur ordnungspolitischen Konzeption der Freiburger Tradition, die sowohl im Hinblick auf die Dynamik des wirtschaftlichen Prozesses als auch in Bezug auf das Verständnis von der Ökonomie als In-

formationssystem verändert wird. Dazu zeigt der Autor den Einfluss der *Public-Choice* Ökonomie auf, die in Freiburg seit 1995 insbesondere durch die Professur von Viktor Vanberg ebenfalls unmittelbar wirksam wurde. Biebricher sieht die Entwicklung hin zu einer von Institutionen- und Verfassungsökonomie kaum zu unterscheidenden Ordnungsökonomik als Krise des Ordoliberalismus, obwohl er die Veränderungsprozesse desselben interessant diskutiert. Auch in der Diskussion über die Frage des ordoliberalen Einflusses auf die Europapolitik der Gegenwart erscheint damit ein Dilemma: Wieso kann vom ordoliberalen Einfluss gesprochen werden, wenn sich dieser längst in einen ordnungsökonomischen Einfluss verwandelt hat?

Vielleicht hätte das Buch den Kreis zur eingangs erwähnten Verortung des Ordoliberalismus im Kontext der internationalen neoliberalen Denkkollektive schließen können, um die Fragen des Zusammenhangs der neoliberalen Theorie und der sozialen Integration mit der deutschen und europäischen Gegenwart zu erörtern. Die Diskussion der auseinanderdriftenden Elemente eines sozial konservativen und neo-nationalistischen Neoliberalismus im Sinne Röpkes einerseits und eines kosmopolitischen ökonomischen Konstitutionalismus im Sinne Buchanans (und Lars Felds) andererseits wäre reizvoll. Aber auch ohne einen solchen Ausblick auf die unterschiedlichen Antworten aus dem neoliberalen Lager im Spannungsfeld von AFD und bürgerlicher Mitte auf die Fragen der Zeit ist die vorgelegte Einführung in den Ordoliberalismus und die Soziale Marktwirtschaft als ein sehr gut gelungenes und empfehlenswertes Buch zu werten, das viele Leser:innen und kritische Diskussionen redlich verdient.

---

Dieter Plehwe, \*1963, PD Dr. phil., Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (plehwe@wzb.eu).

---

---

**Zitationsvorschlag:**

Plehwe, Dieter (2021): Rezension: Schattenseiten der Sozialen Marktwirtschaft. Thomas Biebricher und Ralf Ptak wiegen das Erbe des deutschen Neoliberalismus. (Ethik und Gesellschaft 1/2021: Pandemie-Nach-Denken).  
 Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2021-rez-1> (Zugriff am [Datum]).

---



**ethikundgesellschaft**  
**ökumenische zeitschrift für sozialetik**

**1/2021: Pandemie-Nach-Denken**

Gregor Buß: Blinde sehen – Lahme gehen – Stumme reden. Sozialethische Lehren aus der Corona-Pandemie auf dem afrikanischen Kontinent

Jürgen P. Rinderspacher: Zeitliche Herausforderungen und neue Zeiterfahrungen in der Corona-Krise

Sarah Jäger: A woman's work is never done?! Care-Arbeit und Geschlecht in der Coronapandemie aus evangelisch-theologischer Perspektive

Stephan Rixen: Die »Bundesnotbremse« – Überlegungen zur verhältnismäßigen Beschränkung von Grundrechten

Julius Heinicke: Politisch abhängig, doch lebensnotwendig: Kulturpolitische Beobachtungen der Kunstlandschaft in Zeiten der Krise

Urban Wiesing, Daniel Becker, Philip Hahn, Henning Tümmers, Christoph Dominik Blum: Wissenschaftliche (Politik-)Beratung in Zeiten von Corona: Die Stellungnahmen der Leopoldina zur Covid-19-Pandemie